Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: Die 5 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im redaktionellen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Plätze werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 71 — 90. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Mittwoch, den 25. März 1931

Blauer Dunst.

Eigentlich müßte man ganz von vorn anfangen, Inflation, Millionen, Milliarden, Billionen usw., Zerstörung des Sparsinns und Vermoderung des berühmten: Wer den Pfennig nicht ehrt, ist des Talers nicht wert! Wir hatten ja weder Pfennige noch Taler, dafür aber desto mehr Nullen hinter einer Eins, die aber auch nichts wert war. Und dann kam die alte ehrliche Mark wieder, die jetzt Reichsmark heißt, aber wir waren „geworden ein deutsches arm". Daß dieses Armsein immer stärker empfunden wurde, dafür sorgte Vater Staat mit heftigem Nachdruck. Aber noch immer hatten wir noch nicht genügend gelernt, jenes Sprichwort von dem Pfennig zu achten, wohl auch deshalb, weil die Aussicht auf den Taler immer mehr zum blauen Dunst wurde.

Da aber nahm Vater Staat zürnend eine neue Steuerrute und schwang sie mit drohender Mahnung über uns, versetzte uns auch ein paar tüchtige Streiche damit: Ihr sollt den Pfennig achten, sollt sparen und knapsen an allen Ecken und Kanten! Aber nicht etwa bei dem Tabak, der Zigarre, der Zigarette, denn da müssen recht große Steuererträge herauskommen! Und so verfügte besagter Vater, daß der rauchgierige Steuerzahler bzw. die von gleichen Lüsten beseelte Steuerzahlerin nun nicht etwa bloß ein paar Zigaretten kaufen durfte, sondern gleich eine ganze Schachtel erstehen mußte, aus der der Steuerfiskus eine gleich vorwegrauchte. Was wirklich nicht gerade ein Anreiz zur Sparsamkeit war!

Aber dieser so moralisch zum Sparen mahnende Staat verhindert nun auch, daß der „blaue Dunst", den wir uns in schönen Rauchkringeln blasen können, gar zu billig ist, daß hiermit sozusagen ein Sparsamkeitsexzeß vollführt wird. Eine große Zigarettenfabrik hatte seit langem vor der letzten Steuererhöhung Zweipfennigzigaretten hergestellt. Hinterher bekam sie es trotz der neuen Belastungen auch noch fertig und wollte nun vom Finanzamt Banderolen, natürlich zu zwei Pfennig, haben. Aber die kriegte die Fabrik nicht. Kriegt sie um keinen Preis der Welt, denn das Finanzamt teilte mit, daß die billigsten Banderolen die für drei Pfennig sind und unter diesem Wert keine Steuerzeichen mehr ausgegeben werden. Und denselben Bescheid erhielt die Firma vom Reichsfinanzministerium. Denn bei der Beratung der letzten Tabaksteuervorlage habe man ausgerechnet, daß die Herstellung einer Zweipfennigzigarette aus vollwertigem Tabak eine Unmöglichkeit sei, und darum sei die entsprechend „hohe" Banderole abgeschafft worden. Basta, Streusand drauf!

Was soll nun die Firma tun? Kauft sie eine 3-Pfennig-Banderole und verkauft sie ihre Ware zu diesem Preis, dann verdient sie über 50 Prozent daran, was sie gar nicht tun will, was auch gar nicht Zweck der Fabrikation usw. ist. Und der Raucher soll bloß, weil die hohe Behörde sich geirrt hat, einen Pfennig mehr bezahlen. „Eine Ausnahme wird nicht gemacht," erklärt das Reichsfinanzministerium. Ohne natürlich einen Grund anzugeben. Ein alter römischer Satiriker hat ein bekanntes Wort geprägt, das auf deutsch heißt: „Ich will's, also befehl' ich's; statt des Grundes genüge der Wille." Aber von ihm stammt auch noch ein anderes Wort: „Es ist schwer, da keine Satire zu schreiben!"

Gerade darum aber hat dieses vielleicht unwesentlich erscheinende Vorkommnis seine sehr wesentliche Bedeutung. Auch dem Gast, der ein Glas Bier trinkt, wird ein Pfennig Getränkesteuer angerechnet und mahnend ist dabei und auch sonst immer wieder vom Vater Staat befohlen worden, daß Steuererhöhungen nicht zu Preishinaufsetzungen führen dürften, die über den Steuerbetrag hinausgehen. Jetzt verlangt er dies und verhindert damit, daß der Erzeuger die Steuer nicht einfach auf den Verbraucher abwälzt. Dann wird die Sparsamkeitspredigt zum Gerede, zum — blauen Dunst. Auch wenn es sich nur darum handelt, ob durch Staatsgewalt" die 2-Pfennig- zur 3-Pfennig-Zigarette gemacht werden soll, dabei geht es ja sogar um 10 Pfennige; denn man muß ja auf Befehl desselben Staates gleich mindestens „zehn" Stück kaufen. Und sind zehn Pfennige etwa auch „nichts"?

Auch beim Preisabbau unzähliger Waren des täglichen Bedarf ging es um Pfennige, um Pfennige auch beim Lohnabbau. Hier wie dort rang man um den Pfennig; denn sie summieren sich, werden zur Mark, werden zum — Taler. Wir haben es gelernt, was Vater Staat uns predigte. Das war kein blauer Dunst mehr, sondern eisig-klare, vom Sturmwind der Not gepeitschte Luft. Und dieser Atmosphäre hat auch der Staat und seine Verwaltung immer und überall Rechnung zu tragen. Der Weg dorthin ist leicht, wenn nur der — Wille da ist.

Schenkervertrag und Reichskabinett.

In einer Sitzung des Reichskabinetts erstattete der Reichsverkehrsminister einen eingehenden Bericht über den Schenkervertrag. Das Reichskabinett beauftragte den Reichsverkehrsminister, das Erforderliche zu veranlassen, worüber in den nächsten Tagen Mitteilungen erfolgen werden.

Das Opfer der Osthilfe

„Siechtum des Ostens ist Sterben des Ganzen!"

Schlußteile im Reichstag.

Dem Reichstag mußten noch etwas mittels eines neuen Kompromisses die Achsen geschmiert werden, damit er auf seiner Fahrt zum nahen Ziel der Vertagung nicht so arg quietschte. Man hatte allerhand Besorgnisse, echte oder nur gut gespielte, daß die Regierung nicht so gründlich sparen würde, wie es vielleicht notwendig sein könnte. Dann nämlich, wenn unvorhergesehene Ausgaben kommen oder die Einnahmen nicht so groß sein würden, wie man angenommen hat. Da hat man denn eine Entschließung gefaßt, die niemandem weh tut, also alle Wünsche erfüllt, — und die Regierung hat natürlich befriedigt davon Kenntnis genommen, denn ihr tut die Entschließung auch nicht weh. Aber die Achsen des Reichstagskarrens brauchten auch noch eine andere Schmiere, wieder ein kleines Kompromiß, weil man ihm nun auch noch das große Osthilfegesetz aufläd. Doch da vergehen scherzhafte Vergleiche! Im vorigen Juli ist der Reichstagswagen unter der gleichen Last zusammengebrochen, und die Regierung hat sich selbst 150 Millionen „notverordnen" müssen, um dem Osten zu helfen. Jetzt aber geht es um gewaltige Summen, vor allen Dingen aber um noch viel gewaltigere Ausgaben und Aufgaben. Sie erläuterte der Reichsminister ohne Portefeuille — aber mit sehr großen Mitteln — Treviranus. Man hörte oft genug einige unmißverständliche Sätze, die deutlich machen, welch ein stiller oder offener Kampf um und gegen die Osthilfepläne der Reichsregierung geführt worden ist. Auch hier läßt das rechtzeitig abgeschlossene Kompromiß der Regierung freie Hand.

Eine und eine viertel Milliarde werden dem Osten zur Verfügung gestellt. Eine neue Kolonisation des deutschen Ostens soll sich anbahnen, nachdem die Voraussetzungen dafür in gewaltiger Arbeit durchgeführt sind. Man bleibt im Rahmen des Möglichen, stellt keinen Plan auf, den auszuführen die finanziellen Mittel fehlen. In langsamer, zweifellos entschlossener, sicherlich aber wohlüberlegter Arbeit will man den Born, aus dem die Jugendkraft der Erneuerung, des deutschen Volkes hervorsprudelte, und der versandet ist, wieder reinigen.

*

Sitzungsbericht.

(50. Sitzung.) CB. Berlin, 24. März.

Der Reichstag begann die dritte Lesung des Reichshaushaltsplanes für 1931. Dabei teilte Reichsfinanzminister Dr. Dietrich mit, daß die Reichsregierung einem Kompromißantrag in der Frage der Sparermächtigung zustimme.

Es wurden dann die einzelnen Haushaltspläne zur Beratung gestellt. Beim Haushalt des Auswärtigen Amtes erklärte Abg. Dr. Breitscheid (Soz.), daß er eine sachliche Erörterung des neuen

Wirtschaftsabkommens mit Österreich

zurzeit nicht für angebracht halte. Gegenüber dem Auslande könne festgestellt werden, daß weder der deutschen noch der österreichischen Regierung der Vorwurf zu machen ist, sie hätten sich vertragsmäßig übernommenen Verpflichtungen entzogen oder ihnen zuwidergehandelt. Hoffentlich werde eine Zusammenarbeit aller europäischen Staaten in Zukunft erreicht. Bedauerlich sei es, daß der Reichstag nicht rechtzeitig unterrichtet worden sei. Beim

Haushalt des Reichsinnenministeriums

spricht Abg. Ulbricht (Komm.) von dem Stahlhelm als einer Bürgerkriegsorganisation der Bourgeoisie. Der Redner wird zur Ordnung gerufen, als er erklärt, Jörgiebel habe die 33 Arbeitermorde vom 1. Mai 1929 auf dem Gewissen.

Abg. Döbrich (Landvolk) stellt fest, daß die Beschimpfungen des Vorredners den Stahlhelm nicht treffen könnten.

Beim Haushalt des Reichsarbeitsministeriums

erklärt Abg. Schumann-Thüringen (Komm.): Schon wieder werde der Versuch gemacht, den neuen Milliardenfehlbetrag durch Einsparungen in Höhe von 600 Millionen Mark beim Sozialetat zu verringern.

Abg. Lipinski (Soz.) betont, daß die Kürzung der Mittel für den Wohnungsbau mit den im vorigen Jahre vom Reichstag beschlossenen Richtlinien zum Wohnungsbau nicht in Einklang zu bringen sei.

Ohne Aussprache wird der Haushalt des Reichswehrministeriums in dritter Lesung erledigt. Die

Abstimmungen über die Panzerschiffersatzbauten

werden zurückgestellt. Sie sollen am Mittwoch erfolgen. Ebenso soll am Mittwoch über einen inzwischen von der kommunistischen Reichstagsfraktion eingebrachten Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung abgestimmt werden.

Beim Haushalt des Reichsverkehrsministeriums

bringt Abg. Chwatek (Komm.) Beschwerden über die Lohnpolitik der Reichsbahn vor.

Damit sind sämtliche Einzelhaushalte in dritter Lesung erledigt bis auf die Haushalte des Reichsfinanzministeriums, der allgemeinen Finanzverwaltung und den Kriegslastenhaushalt, die am Mittwoch behandelt werden sollen.

In zweiter Lesung wird der Gesetzentwurf gegen Waffenmißbrauch angenommen.

Darauf wurde der Vertrag zwischen der Deutschen Reichsbahngesellschaft und der deutschen

Bahnspedition Schenker u. Co.

beraten. Reichsverkehrsminister von Guérard erklärte erneut, daß er vorher keine Kenntnis von dem Vertrage gehabt habe. Das Reichsbahnverwaltungsgericht werde heute zu dem Vertrage Stellung nehmen. Allerdings könne über die vertraulichen Verhandlungen zunächst noch nichts gesagt werden.

Auf eine Zwischenfrage betonte der Minister wiederum, daß nach Auffassung der Reichsregierung der Vertrag der Genehmigung der Reichsregierung bedarf und ohne diese zwischen den Parteien rechtsunwirksam sei.

Die Abstimmung wird zurückgestellt. Es folgt die zweite Beratung des

Osthilfegesetzes

und der damit verbundenen Gesetze.

Minister Treviranus führt aus: **Die Osthilfe habe die doppelte Aufgabe, den in ihrer wirtschaftlichen Lebensfähigkeit bedrohten Gebieten neue Lebenskraft zur Wiederaufnahme ihrer gestörten Wirtschaftsbeziehungen zuzuführen, und ferner, die Landwirtschaft noch Möglichkeit vor den Gefahren zu bewahren, die veränderte Absatzbedingungen und Rückgang aller landwirtschaftlichen Preise bei steigenden Lasten ohne umfassende Hilfe bringen würden.**

Die Entscheidung, welches Maß von Hilfe möglich sei, müsse der Behörde als öffentlichem Treuhänder überlassen bleiben. Eine Hilfe in Gestalt von baren Zuwendungen aus der Reichskasse für besonders gefährdete Grenzgebiete solle neben dem Schuldenausgleich allen Eingesessenen zugute kommen. Es sei beabsichtigt, den jetzigen Geltungsbereich der

Hilfsmaßnahmen möglichst umfangreich

auszudehnen, sobald die Erleichterung der Finanzlage des Reiches die Möglichkeit hierzu eröffne. Zur landwirtschaftlichen Entschuldung erklärt der Minister, die Regierung habe an der Kredithilfe durch Darlehen mit planmäßiger Entschuldung festgehalten. Das Inkrafttreten dieser Entschuldung setze die parlamentarische Verabschiedung des Reichshaushalts und das Gelingen der Vorfinanzierung der Kapitalbeträge der Bank voraus.

Den Tarifrichtlinien lägen bei der Bemessung der zu bewertenden Grundstücke Erzeugnispreise zugrunde, die über dem ungewöhnlichen Tiefstand der gegenwärtigen liegen, so daß man im Durchschnitt auf eine Bewertung kommt, die sich in Höhe des berichtigten Wehrbeitrages hält. Dann erläuterte der Minister an einer Reihe von Zahlen, daß die in der Öffentlichkeit vielfach aufgestellte Behauptung absolut unrichtig sei, die Umschuldung käme

„lediglich dem Großgrundbesitz"

zugute. Ganz im Gegenteil. Mit besonderem Nachdruck werde die Reichsregierung sich bemühen, gerade dem Kleinbesitz die erforderliche Hilfe angedeihen zu lassen, denn mit ihm steht und fällt auch der gesamte Siedlungsgedanke.

Der Minister schließt mit der Mahnung, daß das Entschuldungswerk nur ein Teilstück der großen Osthilfe und ein Werk jahrelanger Opfer der einen Reichshälfte für die andere bedeute. Aber die Reichsregierung müsse diese Opfer fordern, denn Siechtum des Ostens hat das Sterben des Ganzen im Gefolge.

Abg. Warnke (Ztr.) betont, daß für den Osten die wirtschaftliche Siedlung eine staats- und volkspolitische Forderung ersten Ranges sei, zumal angesichts der Politik Polens

die Gefahr der Abwanderung

immer größer wird. Zweckmäßig sei die Anlegung konfessionell geschlossener Siedlungen. Die Rechtsopposition sei daran schuld, daß nicht schon 1930 ein ähnlicher Osthilfegesetzentwurf verabschiedet worden sei.

Abg. Hörnle (Komm.) führt die Not des Ostens auf eine verfehlte Regierungspolitik zurück.

Abg. Stilling (Soz.) fordert, daß bei der Osthilfe nicht nur der Landwirtschaft, sondern der ganzen Wirtschaft des Ostens geholfen werden solle. Die Landwirtschaft sollte selbst durch eine Umorganisierung und Rationalisierung für eine Besserung ihrer Lage Sorge tragen. Unter den heutigen Verhältnissen wird die Sozialdemokratische Partei trotz aller Bedenken den Osthilfegesetzen ihre Zustimmung geben.

Abg. Hönnekes (Ztr.) schildert die besondere Not der Landwirtschaft und des Gewerbes in Ostpreußen. Die Senkung der Reallasten werde von der ostpreußischen Landwirtschaft außerordentlich dankbar empfunden, aber die sozialen Lasten seien noch unvergleichlich hoch. Auch die Frachtenerleichterung müsse weiter ausgestaltet werden, einschließlich der Frachten für Kohle und Eisen.

Abg. Dr. Pfleger (Bayr. Vp.) berechnet den Aufwand für die Osthilfe auf über 1100 Millionen Mark. Die Frage der Ausdehnung der Hilfsaktion auf das bayerische Grenzgebiet sei nun eine Frage des Wohlwollens und des sozialen Verständnisses.

Reichsminister Treviranus

setzt sich mit dem Entschuldungsplan der deutschnationalen Reichstagsfraktion auseinander, der trotz des Fernbleibens der Befürworter von der Regierung ohne Haß und Zorn geprüft worden sei. Aber diese Prüfung habe die Undurchführbarkeit und Unzweckmäßigkeit des Hugenberg-Planes ergeben. Die Regierung habe aus dem Vorschlag die guten Seiten übernommen, denn — sie stehe jenseits von Gut und Böse im Parteisinn (Heiterkeit).

Abg. Freybe (Wirtschaftsp.) erhebt den Vorwurf, daß sich Regierung und Parlamente in den vergangenen zwölf Jahren nicht mit der nötigen Energie der Ostvorlagen angenommen hätten. Im übrigen stimmt der Redner namens seiner Partei dem Gesetz zu.

Abg. Schütz (Komm.) verweist auf die Not der kleinen Bauern und Landarbeiter.

Abg. Hillebrand (Dt. Bauernpt.) betont, daß dem Osten schon früher hätte geholfen werden können. Er verlangt die Einbeziehung der westlich der Oder gelegenen Kreise Niederschlesiens in die Maßnahmen des Osthilfegesetzes.

Darauf werden die Beratungen abgebrochen. Das Haus vertagt sich auf Mittwoch. Zweite und dritte Beratung des Osthilfegesetzes, Gesetzentwurf gegen Waffenmißbrauch, dritte Lesung des zurückgestellten Haushaltsplanes und Abstimmungen. Zweite Beratung des Zolländerungsgesetzes.

Fördert die Ortspresse

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF